

Ideen, die Österreich grundlegend verändern

Die Grüne Wirtschaft ist überzeugt, dass wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern müssen, damit auch künftige Generationen eine lebenswerte Zukunft haben.

Kleine, partielle Reparaturmaßnahmen, mit denen auf typisch österreichische Art die Risse eines überholten Systems gekittet und tief liegende Strukturprobleme verschleiert werden, reichen dazu bei weitem nicht.

Die folgenden Reformansätze sind mögliche Markierungen auf diesen Weg in die Zukunft. Ob sie die richtigen sind, wie sie modifiziert werden müssen und welche noch fehlen, wollen wir gemeinsam mit dir diskutieren:

- 1. Es gibt EINE, für alle BürgerInnen einheitliche, einfach gestaltete und sozial gerechte Einkommensteuerberechnung.**
- 2. Die Steuerlast ist grundlegend umverteilt: Arbeit und Leistung werden massiv entlastet, Abgaben auf Ressourcenverschwendung deutlich angehoben und Steuern auf große Vermögen vervielfacht.**
- 3. Eine einheitliche Grundpension für alle ersetzt die derzeitigen Pensionsprivilegien.**
- 4. Österreich wird bis 2030 energieautark: 50% weniger Energieverschwendung, 100% erneuerbare Energie.**
- 5. Faktor Zehn: Der Ressourcenverbrauch ist drastisch reduziert. Unsere Wegwerfgesellschaft wird zu einer Reparatur- und Wiederverwertungsgesellschaft.**
- 6. Die Gewerbeordnung wird entrümpelt: Ein weitgehend freier Berufszugang ersetzt unnötige Reglementierungen.**
- 7. Die Landesgesetzgebung ist abgeschafft. Die Gemeinden werden gestärkt.**
- 8. Geschäftsbanken und Investmentbanken sind strikt voneinander getrennt und nicht mehr Mitglieder der Wirtschaftskammer.**

Idee Nr. 1:

Es gibt EINE, für alle BürgerInnen einheitliche, einfach gestaltete und sozial gerechte Einkommensteuerberechnung.

Der kaum mehr durchschaubare Einkommenssteuer- und Sozialversicherungsbeitrags-Dschungel wird gelichtet, um Klarheit und Transparenz zu schaffen. Zudem werden jene Elemente abgeschafft, die unser Steuer- und Abgabensystem sehr ungerecht machen:

Die Sozialversicherungsbeiträge werden abgeschafft, das Sozialsystem vereinheitlicht. Alle staatlich garantierten Sozialleistungen (Grundpension, Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung) werden nicht mehr aus »Versicherungsbeiträgen« sondern aus dem Steueraufkommen bezahlt – mit gleichen Leistungen für alle BürgerInnen, egal ob und in welcher Form sie berufstätig sind. Die Zeit der Doppelt- und Dreifachversicherungen und der unerklärlichen Leistungsunterschiede ist vorbei. Es gibt auch keine Höchstbeitragsgrundlage der Sozialversicherung mehr, die derzeit sehr hohe Einkommen bevorzugt.

Die steuerliche Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts (»Jahressechstel«) wird abgeschafft. Von diesem Privileg profitieren vor allem die BezieherInnen sehr hoher Einkommen. Natürlich bleibt die Höhe des Jahreseinkommens der ArbeitnehmerInnen gleich – egal, in wie vielen Raten es ausbezahlt wird.

Es gibt keine »Arbeitgeberbeiträge« mehr, die gesamten Arbeitskosten werden der/dem Lohnsteuerpflichtigen als Bruttolohn ausbezahlt. Die Sozialversicherungsbeiträge sind abgeschafft, alle anderen Leistungen, für die es derzeit lohnabhängige Abgaben gibt (Wohnbauförderung, Familienlastenausgleichsfonds, Kommunalsteuer) werden aus dem (zukünftig natürlich höheren) Steueraufkommen bezahlt. Derzeit verschleiern die »Lohnnebenkosten«, die nur für die ArbeitgeberInnen ausgewiesen werden, die tatsächliche Abgabenlast auf Arbeit, die letztlich jede/r Lohnsteuerpflichtige erwirtschaften muss.

Das Jahreseinkommen bildet für alle BürgerInnen die Steuerbasis und resultiert aus den Arbeitseinkünften (selbständig und/oder nichtselbständig) plus allen weiteren Einkünften (aus Kapitalerträgen, Vermögenszuwächsen, Vermietung, Verpachtung etc.). Steuerliche Ausnahmeregelungen und Absetzbeträge werden weitestgehend abgeschafft. Wo es notwendig und sinnvoll ist, gibt es direkte Zuwendungen.

Brutto-Einkommen – Einkommenssteuer = Netto-Einkommen.
So einfach ist die Rechnung!

Idee Nr. 2:

Die Steuerlast ist grundlegend umverteilt: Arbeit und Leistung werden massiv entlastet, Abgaben auf Ressourcenverschwendung deutlich angehoben und Steuern auf große Vermögen vervielfacht.

In Österreich sind **Arbeit und Leistung** in einem einzigartig hohen Ausmaß mit Steuern und Abgaben belastet: Lohn- bzw. Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge sind mit Abstand das größte Stück des Abgabekuchens. Das ist leistungsfeindlich, umweltbelastend, fördert die Schwarzarbeit und kostet Arbeitsplätze, weil arbeitsintensive Produkte und Dienstleistungen dadurch fast unbezahlbar teuer sind.

Dagegen tragen **Kapital- und Vermögenserträge** im internationalen Vergleich sehr wenig zum Steueraufkommen bei. Zinserträge sind endbesteuert, was Bezieher hoher Einkommen bevorzugt. Aktienerlöse sind nach einer Behaltezeit von einem Jahr vollkommen steuerfrei. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde auch für ganz große Vermögen abgeschafft. Privatstiftungen genießen einzigartige Steuerprivilegien.

Das **Reinvermögen** wird in Österreich auf das Vierfache des Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Vermögensbesitz und Vermögenszuwachs (wie Erbschaft und Schenkungen) sind aber in Österreich mittlerweile praktisch steuerfrei. Einziger Überrest sind Grund- und Grunderwerbssteuer, welche aber von »Einheitswerten« berechnet werden, die weit unter den Verkehrswerten liegen.

Der **Energie- und Ressourcenverbrauch** bzw. der Konsum von umwelt- und gesundheits-schädlichen Gütern wird bei weitem noch nicht so besteuert, wie das den Knappheiten und den verursachten volkswirtschaftlichen Kosten entspricht. Deshalb haben diese Abgaben nur wenig Lenkungseffekt.

Daher wird das Steuersystem in Österreich grundlegend neu strukturiert, insbesondere:

- **Die Abgabenlast auf Privateinkommen sinkt drastisch.** Einkommen bis 12.000 Euro pro Jahr sind gänzlich steuer- und abgabenbefreit. Für die Einkommensanteile darüber gibt es zwei Steuersätze von 25 und 50 Prozent. Sozialversicherungsbeiträge gibt es keine mehr. Das bringt Klarheit, Transparenz und eine deutliche Umverteilung von den sehr hohen zu den mittleren und niedrigen Einkommen. Dort sinkt die Abgabenquote signifikant.
- **Vermögenszuwächse werden substanziell besteuert.** Vermögenserklärungen für alle BürgerInnen erfassen deren mobiles und immobiles Vermögen, dass zu realistischen Preisen bewertet wird. Ein Freibetrag schützt Kleinbesitz und sichert den Vermögenserhalt bei kleinen Erbschaften und Schenkungen. Darüber werden Vermögenszuwachssteuern eingehoben, die ein Aufkommen ergeben, das mindestens dem Durchschnitt der OECD-Staaten entspricht.
- **Energie- und Ressourcenverbrauch** bzw. der Konsum von umwelt- und gesundheitsschädlichen Gütern wird – um die Knappheiten und die verursachten volkswirtschaftlichen Kosten auch in Geldwerten abzubilden – sehr viel teurer. Die Steuereinnahmen aus diesem Bereich werden mindestens verdoppelt. Das schafft

die ökonomischen Anreize für einen Umbau unseres Wirtschaftssystems, in dem die vorhandenen Ressourcen wirklich höchst effizient und sparsam verwendet und das Ökosystem nicht überbelastet wird. Um das Armutsproblem mit höheren Energiepreisen nicht weiter zu verschärfen, steigen auch die Energieabgaben progressiv mit dem Verbrauch.

- **Eine Finanztransaktionssteuer** auf sämtliche Finanztransaktionen von 0,1 % wird automatisch von den Banken oder Finanzdienstleistern einbehalten und an den Staat abgeführt.

Idee Nr. 3:

Eine einheitliche Grundpension für alle ersetzt die derzeitigen Pensionsprivilegien.

Zu einem festgelegten Stichtag wechseln alle in Österreich lebenden Menschen in ein neues, gemeinsames Pensionssystem mit gleichen Beiträgen und Leistungen. Der Staat garantiert ab diesem Zeitpunkt eine einheitliche **Grundpension** für alle in der Höhe von 1.000 Euro. Diese wird aus jenen öffentlichen Mitteln finanziert, die schon derzeit ins Pensionssystem fließen.

Mit der staatlich garantierten Grundpension wird Armut im Alter unabhängig vom Erwerbsverlauf vermieden. In einem der reichsten Länder der Welt muss niemand mehr Angst vor sozialem Absturz haben.

Wer mehr als die Grundpension will, sorgt dafür individuell, was dank der deutlich geringeren steuerlichen Belastung der Arbeitseinkommen den Allermeisten möglich ist. Dafür gibt es ein echtes **Pensionskonto**, auf dem alle während des Erwerbslebens eingezahlten Beiträge nach rein versicherungsmathematischen Grundsätzen gebucht werden.

Für private Pensionsanbieter gibt es klare und strenge gesetzliche Regeln. Der Staat fördert private Pensionsanbieter nicht mehr, sondern bietet selbst ein **staatliches »Privatpensionsprodukt«** an. Eine durchschnittliche jährliche Verzinsung zu jenem Zinssatz, mit dem die Republik im langjährigen Durchschnitt ihre Staatsschuld finanziert, stellt eine gute »Performance« bei größtmöglicher Sicherheit dar.

Idee Nr. 4:

Österreich wird bis 2030 energieautark: 50% weniger Energieverschwendung, 100% erneuerbare Energie.

Wenn man in einer Badewanne mit undichtem Abfluss sitzt, kann man entweder den Wasserhahn aufdrehen oder den Abfluss stopfen. Unser Energiehaushalt erinnert sehr an eine undichte Badewanne mit immer mehr Löchern. Zu stopfen gibt es also genug. Als Antwort haben wir bislang aber vor allem mehr Energie ins System gepumpt.

Durch ein weitreichendes **Energieeffizienz-Programm** werden mindestens 50 Prozent dieser unnötigen Energieverschwendung abgestellt. Dazu gehört, dass jährlich zumindest 5 Prozent aller Gebäude thermisch saniert werden. Alle Neubauten müssen mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Ambitionierte Mindeststandards für alle Energieverbraucher sind obligat und werden auf Basis der besten verfügbaren Technik laufend verschärft. Der öffentliche Verkehr wird stark ausgebaut, der Individualverkehr auf Elektrofahrzeuge umgerüstet. Alle energierelevanten Vorschriften und Richtlinien sind österreichweit einheitlich.

Die verbleibenden 50% des Energiebedarfs deckt Österreich bis 2030 zu 100% aus **erneuerbaren Energieträgern**: Sonne, Wind, Erdwärme, Wasserkraft und heimischer Biomasse. Denn Österreich hat endlich ein effektives Ökostromgesetz und investiert in Forschung und Entwicklung.

Ein **energieautarkes Österreich** muss sich nicht mehr vor weltweiten Versorgungsgapsen bei fossilen Energieträgern sorgen (»Peak oil«), wird unabhängig von Energieproduzenten in Kriegs- und Krisenregionen und reduziert seine CO₂-Emissionen um 80%. Milliarden Euro bleiben im Land und dienen der regionalen Wertschöpfung. Österreichs innovative Ökowiirtschaftsbetriebe profitieren von einem boomenden Heimmarkt und sind der Job- und Wertschöpfungsmotor der kommenden Jahrzehnte. Zudem unterstützt Österreich die Entwicklungsländer bei ihren Klimaschutzbemühungen finanziell und technisch.

Idee Nr. 5:

Faktor Zehn: Der Ressourcenverbrauch ist drastisch reduziert. Unsere Wegwerfgesellschaft wird zu einer Reparatur- und Wiederverwertungsgesellschaft.

Nur 7 Prozent aller verbrauchten Rohstoffe landen in einem käuflichen Endprodukt. Und 80 Prozent all dieser fertigen Produkte werden nach einmaligem Gebrauch weggeworfen. Einige unserer derzeit wichtigsten Ressourcen (Erdöl, seltene Metalle ...) reichen nur mehr für wenige Jahre.

Der Materialeinsatz für Produkte und Dienstleistungen wird um den Faktor 10 reduziert. Dort, wo es möglich ist, werden erneuerbare Rohstoffe eingesetzt. Giftstoffe, die Menschen und Natur gefährden, werden verboten. Stattdessen werden kreislauffähige Materialien, die nach Gebrauch rasch in der Natur abgebaut werden (z.B. Biokunststoffe) verwendet.

Österreich treibt diese Entwicklung durch massive Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation pionierhaft voran. **Unsere Wegwerfgesellschaft wird zu einer Reparatur- und Wiederverwertungsgesellschaft.** Weitere Elemente sind eine drastische Ressourcenverbrauchsbesteuerung sowie klare und strikte gesetzliche Vorschriften.

Idee Nr. 6:

Die Gewerbeordnung wird entrümpelt: Ein weitgehend freier Berufszugang ersetzt unnötige Reglementierungen.

Von den 80 nach wie vor reglementierten Gewerben können rund die Hälfte gänzlich freigegeben werden.

Lediglich bei jenen Gewerben, in denen Leben, Gesundheit und Vermögen der Kunden gefährdet werden können und erheblicher Schaden für die Umwelt eintreten kann, soll der Berufszugang reglementiert bleiben.

In allen anderen Bereichen sollen nicht der Gesetzgeber oder die Wirtschaftskammer, sondern mündige KonsumentInnen über die Befähigung der Anbieter und die Qualität der Produkte bzw. Dienstleistungen entscheiden. Das Qualitätssiegel »Meisterbetrieb« ist dabei eine wichtige Orientierungshilfe.

Eine obligatorische Haftpflichtversicherung für Gewerbetreibende auch im Endkundengeschäft sowie ein effektiver Konsumentenschutz bieten eine zusätzliche Absicherung für KonsumentInnen.

Idee Nr. 7:

Die Landesgesetzgebung ist abgeschafft. Die Gemeinden werden gestärkt.

Der Wildwuchs von neun verschiedenen Landesgesetzgebungen macht die Umsetzung österreichweiter Anliegen in vielen Fällen unmöglich.

Bundesländergrenzen, die Strukturen des Spätmittelalters markieren, aber keine sinnvollen Wirtschaftsräume des 21. Jahrhunderts umfassen, führen zu vielen unsinnigen Mehrfachausgaben (z.B. »Spitalszwillinge«) und erschweren die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte. Die verschiedenartigen Bestimmungen in den Bundesländern (z.B. neun verschiedene Bauordnungen) behindern österreichweit tätige Unternehmen.

Bürgernähe und lokale Identität sind wichtig, aber in einem kleinen Land mit 8,4 Millionen EinwohnerInnen reicht eine nationale gesetzgebende Körperschaft.

Stattdessen werden die Gemeinden gestärkt und dort das Prinzip der Subsidiarität (Eigenverantwortung und Zuständigkeit auf unterster Ebene) noch stärker verankert.

Idee Nr. 8:

Geschäftsbanken und Investmentbanken sind strikt voneinander getrennt und nicht mehr Mitglieder der Wirtschaftskammer.

Geschäftsbanken und Infrastrukturbanken erfüllen eine wertvolle Aufgabe: die Wirtschaft und die Gebietskörperschaften mit Geld zu fairen Konditionen zu versorgen.

Da Geld keine Handelsware sondern ein öffentliches Gut ist, befinden sich diese **Banken in öffentlichem Eigentum** und werden demokratisch kontrolliert.

Damit bei Finanzkrisen der Funke nicht mehr so leicht auf die Realwirtschaft überspringen kann, wird zwischen den Geschäftsbanken und Infrastrukturbanken auf der einen Seite sowie den Investmentbanken auf der anderen Seite eine **»Feuermauer«** errichtet. Private Investmentbanken agieren zukünftig vollkommen unabhängig. Weder dürfen Geschäftsbanken Investmentbanken als Töchter betreiben, noch dürfen sich Investmentbanken im Geschäftsbankenbereich refinanzieren. Jedem Anleger muss klar sein, dass er bei Investitionen an den Finanzmärkten 100% seines Vermögens verlieren kann und der Staat nicht zu Hilfe eilen wird, wenn Investmentbanken zusammenbrechen.

Und last but not least: **Banken raus aus der Wirtschaftskammer!**

Erst wenn die Wirtschaftskammer nicht mehr zugleich die Interessenvertretung der Banken ist, kann sie die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe mutig und effektiv gegenüber der Kreditwirtschaft vertreten.